

„Der soziale Frieden ist massiv gefährdet ...“

Interview mit Vera Spautz, Sozialschöffin der Stadt Esch

forum: Frau Spautz, als Schöffin der Stadt Esch und Mitglied der Abgeordnetenversammlung haben Sie kürzlich die Veranstaltung REPIS¹ – eine Begegnung, die Professionelle des sozialen Sektors, Politiker sowie von Armut und Ausgrenzung betroffene Bürger zusammenbringt – begleitet und aktiv mitorganisiert. Welche Bedeutung hat so eine Veranstaltung für Sie?

Vera Spautz: Diese Veranstaltung ist mir extrem wichtig. Man kann sich als Politiker für Themen interessieren, viel lesen, sich die Statistiken ansehen, theoretisch viel dazu zu sagen haben usw. Der Kontakt mit den Organisationen, die in der EAPN zusammengeschlossen sind, ist auch wichtig. Wesentlich ist allerdings der Kontakt mit den Betroffenen. Mit denjenigen, die tagtäglich die Ausgrenzung erleben. Umso wichtiger war es mir zu verstehen, wie der Alltag dieser Leute aussieht.

Vor ein paar Wochen fand eine Aktualitätsstunde über Armut in Luxemburg in der Abgeordnetenversammlung statt. Wir haben als Politiker hinter „verschlossenen Türen“ über Situationen diskutiert, von denen wir gehört haben; es wurden Forderungen gestellt und wir haben uns gegenseitig versichert, wie wichtig es uns allen ist, in diesem Bereich etwas zu unternehmen. Solch ein Tag wie die Veranstaltung REPIS gibt einem die Möglichkeit, mit den Betroffenen zusammen in Workshops und Diskussionen, die Realität vor Ort mitzubekommen. Dieses Anliegen ist mir wichtig.

Luxemburg ist ein reiches Land. Kann man denn von realer Armut in Luxemburg sprechen? Und was bedeutet es hier in Luxemburg arm zu sein?

V. S.: Wenn von Armut gesprochen wird, geht es oft um finanzielle Armut. Diese Armut ist

reell und bringt Vieles mit sich. Ich habe oft mit Leuten zu tun, die sich keine Wohnung leisten, ihren Kindern keine Freizeitaktivitäten bieten und nicht in Ferien fahren können. Aber Armut bringt – vor allem in einem so reichen Land – noch viel mehr mit sich als nur eine schwierige finanzielle Situation, sie führt zu Isolation und Scham. Letzten Samstag haben wir in einem Jugendforum in der Gemeinde Esch mit Jugendlichen, deren Eltern wenig Geld zur Verfügung haben, darüber diskutiert, wie sie sich in der Schule fühlen, weil sie sich nicht die richtigen Turnschuhe oder Handys leisten können und welches Gefühl es bei ihnen auslöst. Ich bin zwar mit der Situation vertraut, aber trotzdem erschrocken. Wie viel Scham und Erniedrigung wohl entsteht bei denen, die nicht auf dem gleichen Niveau leben können wie andere! Armut hat viele Facetten.

Von Armut bedroht ist per Definition in der Europäischen Union, wer weniger als 60% (in Luxemburg sind das derzeit ca. 1 450 Euro) des mittleren Einkommens (ca. 2 400 Euro) zur Verfügung hat. Es handelt sich hier um eine Definition relativer Armut. Aber wir haben in Luxemburg auch Menschen, die strukturell bedingt in einer absoluten Armutssituation leben. Zum Beispiel in der Bevölkerungsgruppe der 18- bis 25-Jährigen². Welche Wege müsste die Politik Ihrer Meinung nach einschlagen, um dagegen etwas zu unternehmen?

V. S.: Ich habe gerade eben eine Nachricht von einem jungen Menschen erhalten, der mich angerufen hat. „Keine Arbeit, kein RMG, kein Geld, gar nichts ..., bitte helfen Sie mir.“ Dies ist kein Einzelfall. Wir haben in unserer Gemeinde verschiedene Angebote zur Lösung solcher Probleme. Zum Beispiel gibt es in Esch das Foyer de nuit³.

Als auf der REPIS-Konferenz die offiziellen Statistiken von 2006 über die Armut in Luxemburg vorgestellt wurden, ging ein Raunen durch den Saal, weil ja viele Betroffene anwesend waren.

Hier ist aber nicht ausreichend Platz, um alle aufzufangen. Es ist fast immer voll besetzt. Dann gibt es noch das Foyer Ulysse und die Nuetteil in Luxemburg-Stadt. Es müsste aber viel mehr getan werden, auch von den anderen Gemeinden. Es ist zu einfach zu sagen: „Eigentlich ist unser soziales System hier in Luxemburg so abgesichert, dass niemand mehr durch das Raster fallen dürfte.“ Es fallen aber immer mehr hindurch. Wir müssten deshalb zum Beispiel jungen Menschen mehr Wohnstrukturen⁴ anbieten, in denen sie umrahmt werden, wo an ihren Problemen gearbeitet und ihnen geholfen wird, wieder in ein geregeltes Leben zurückzufinden. Wenn wir die jungen Erwachsenen hängen lassen, dann gleiten sie irgendwann in ein Milieu ab, in dem sie suchtgefährdet sind, oder es entstehen andere Probleme. Dann bezahlt die Gesellschaft um ein Vielfaches mehr für das, was ohne kompetente Unterstützung in ihrem Leben schief gelaufen ist.

Das heißt, die Schaffung betreuter Wohnstrukturen ist ein Feld, in dem aus politischer Sicht wichtige Schritte unternommen werden könnten, um diese Personen aufzufangen?

V.S.: Genau, dies wäre eine Möglichkeit. Die Gemeinden müssten stärker mit Organisationen zusammenarbeiten, die im Bereich Aus- und Weiterbildung aktiv werden. Wir können Workshops organisieren, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Wir können Personen betreuen, um sie zu stabilisieren, damit sie nicht auf der Straße landen. Es geht auch um die Stabilisierung familiärer Situationen. Da muss wirklich früh, d.h. präventiv eingegriffen werden.

Es gibt gefährdete Bevölkerungsgruppen in vielerlei Hinsicht – bezogen auf Alter, Geschlecht oder auch Wohngegend. Welche Gruppen sehen Sie als besonders gefährdet an?

V.S.: Frauen sind eine besonders gefährdete Gruppe. Zum Beispiel jene, die mehrere Kinder haben und alleinerziehend sind. Der Anteil alleinerziehender Frauen mit mehreren Kindern steigt extrem an. Sie leben oft hart an der Armuts- grenze, das Abrutschen in die Armut kann sehr schnell erfolgen.

Aber es fällt zunehmend auf, dass auch ältere Leute in gänzlich absurde Situationen geraten. Im Laufe der letzten Jahre haben wir häufig ältere Frauen in unsere Gemeindewohnungen aufgenommen, ca. 70- bis 80-Jährige, die keinen Cent mehr hatten, deren Haus verkauft und das Geld schon verteilt wurde und die man zum Teil dabei auch noch über den Tisch gezogen hatte. Auch da wieder finanzielle Armut, aber auch Isolation. Sie sind allein, die Familie kümmert sich nicht und hat andere Interessen ... Besonders von Armut betroffen, sind auch die älteren Frauen, die die berühmten Witwenrenten beziehen, die nicht ausreichen.

Viele Betroffene haben zwar einen Anspruch auf Ausgleich über das Sozialamt, trauen sich aber nicht dorthin zu gehen und schämen sich, die ergänzende Unterstützung zu beantragen. Da gibt es ältere Frauen, längst im Rentenalter, die noch Putzjobs annehmen, um so über die Runden zu kommen. Und wenn diese Personen dann eine Privatwohnung zum Mieten finden, sind die Mieten meist so hoch, dass sie im Endeffekt doch an der Armuts- grenze leben.

Wohnungspreise sind ein wichtiger Faktor. Wenn die allgemeinen Lebenskosten sehr hoch sind, bleibt vom Einkommen wenig übrig.

V.S.: Ja. Als auf der REPIS-Konferenz die offiziellen Statistiken von 2006 über die Armut in Luxemburg vorgestellt wurden, ging ein Raunen durch den Saal, weil ja viele Betroffene anwesend waren. Ich kann das sehr gut nachvollziehen. Denn wenn jemand über ein kleines Einkommen verfügt und für eine Einzimmerwohnung 800 Euro bezahlen muss, oder noch mehr für ein Appartement, dann bleibt nicht mehr viel zum Leben. Wenn man dann nicht sofort eine Gemeindewohnung bzw. eine Wohnung vom Fonds de logement erhält, muss halt versucht werden, privat unterzukommen. Ganz zu schweigen von diesen unsäglichen Geschichten über Personen, die in Zimmern über Cafés wohnen. Horrende Preise, 550 bis 600 Euro für ein Zimmer, in einem Café, manchmal sogar ohne Strom und Wasser. Das sind reale Situationen, mit denen ich tagtäglich zu tun habe.

Es ist zu einfach zu sagen: „Eigentlich ist unser soziales System hier in Luxemburg so abgesichert, dass niemand mehr durch das Raster fallen dürfte.“ Es fallen aber immer mehr hindurch.



Cartoon von Oli John aus forum 218 (2002) mit Dossier Wohnungsnot

Die REPIS-Konferenz wurde nicht von den Medien begleitet. Wir hatten uns bewusst so entschieden, denn es ist wichtig, den Betroffenen einen Schutzraum zu geben, in dem sie sich ausdrücken und mit den Politikern reden können.

Ein ebenfalls wichtiges Element ist der Gesundheitsbereich. Da gibt es eine Reihe von Betroffenen, die sich schämen zweimal zum gleichen Arzt zu gehen, wenn sie nach der ersten Visite die Rechnung nicht bezahlen konnten. Das ist ein Punkt, der nicht uninteressant ist, und wo man nachhaken könnte.

V. S.: Da kommen wir auf einen ganz wichtigen Punkt zu sprechen, den *tiers payant* (Selbstkostenanteil, Eigenbeteiligung bei Arztrechnungen). Ich bin kürzlich vom Escher Planning familial informiert worden, dass eine Familie in der Nacht nicht in die Notaufnahme der Pädiatrie aufgenommen wurde, da sie nicht beweisen konnte, dass sie die Rechnung des Kinderarztes sofort bezahlen könnte. Und das ist kein Einzelfall! Gott sei Dank sind nicht alle Ärzte so. Aber so etwas ist absolut skandalös! Und es ist auch nicht zum ersten Mal geschehen, ich habe es nur eben erst erfahren. Inzwischen verlangen auch andere Notdienste, vorher zum Geldautomaten zu gehen.

Auch an der politischen Diskussion um den *tiers payant* merkt man, dass nicht gerne daran gerüttelt wird. Man muss sich vorstellen, was es für diese Menschen bedeutet, nicht in Vorsorgeuntersuchungen gehen zu können, oder was es für schwangere Frauen bedeutet, nicht zu den Routinekontrollen zu dürfen, nur weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können.

Aus unseren regelmäßigen Sitzungen im Sozialamt weiß ich, dass relativ viele Arztrechnungen über das Amt bezahlt werden. Und dies oft erst nachdem der Gerichtsvollzieher den Zahlungsbe-

scheid geliefert hat, wobei diese Kosten dann auch noch bezahlt werden müssen. Schlussendlich zahlt der Staat dann doch; dabei wäre der andere Weg der billigere gewesen. Hier muss sich etwas ändern. Auch wenn das für die Gesamtheit der Versicherten in Luxemburg scheinbar unmöglich ist, so müsste wenigstens für Minderbemittelte die Situation erleichtert werden.

Der Zuspruch der Politik für diese Begegnung ist am Ende kritisiert worden. Hängt es damit zusammen, dass diese Menschen eben keine Lobby haben?

V. S.: Ich bin der Meinung, es handelt sich hier um eine komplexe Situation, auch weil die Interessen der Politiker andernorts liegen, da sie mit anderen Aufgabenfeldern betraut werden. Aber sicherlich ist dieses Arbeitsfeld ein Bereich, in dem keine Rosen gestreut werden. Das ist nicht mit Prestige verbunden, wie Einweihungsbändchen durchschneiden oder auf Eröffnungen einladen, es ist nichts, wo man groß in der Öffentlichkeit steht. Es ist ein Bereich mit viel sozialem Engagement und einer Menge Hintergrundarbeit. Die REPIS-Konferenz wurde nicht von den Medien begleitet. Wir hatten uns bewusst so entschieden, denn es ist wichtig, den Betroffenen einen Schutzraum zu geben, in dem sie sich ausdrücken und mit den Politikern reden können. Für den einen oder anderen Politiker wird die Sache dadurch aber weniger interessant.

Die neoliberalen Argumentationsmuster setzten sich in der politischen Diskussion mehr und mehr durch. Was setzen Sie dem entgegen?



POLYGONE

Les polyvalents

Déblayage et démolitions
Nettoyage de chantiers et de bâtiments
Entretien d'alentours
Location / vente de conteneurs de bureau
Vente / pose de clôtures
Location de toilettes mobiles DIXI

**Vous avez besoin d'un coup de main?
Appelez Polygone!**

49 20 05 -1

Polygone S.à r.l.
37, rue de la Gare
L-7535 Mersch
Téléphone 49 20 05-1
Fax 40 57 61

V. S.: Den Leuten, die so argumentieren, antwortet man am besten, sie sollen die Entwicklung der Gesellschaft doch mal genauer beobachten. Andererseits, nichts geschieht von alleine und auf individueller Basis. Vieles muss einfach vernetzt gesehen, gedacht, erarbeitet werden, und das in vielen Politikbereichen. Ich will diese Entwicklung auf keinen Fall. Mir ist manchmal Angst und Bange, dass die Situation sich wie in Amerika entwickeln könnte, wo zahlreiche Leute durch sämtliche Raster fallen, keine Krankenkasse haben, fünf Arbeitsstellen haben müssen (*working poor*), um überhaupt überleben zu können. Die politische Entwicklung in England, und nicht nur dort, ist auch sehr gefährlich. Sie hat Auswirkungen auf die einzelnen Leute und die Gesellschaftsschichten. Wieso wächst plötzlich Kriminalität, Gewalt in der Gesellschaft? Wieso entstehen eine Reihe ungesunder Entwicklungen durch solche Mechanismen? Aber auch darüber wird nicht gerne diskutiert, genauso wie über die hierzulande doch hohe Selbstmordrate. Neoliberale Tendenzen haben in vielen Bereichen schlimme und massive Auswirkungen. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Weder die Gesellschaft noch die Politik sind in der Lage, dies in den Griff zu bekommen.

Diese Argumentation signalisiert den Betroffenen auch immer: „Wir bieten Dir alle Möglichkeiten – wenn Du es nicht schaffst, dann bist Du selber schuld.“

V. S.: Ich stehe durch öffentliche Versammlungen mit den Bürgern des Stadtteils, wo ein Nachtfoyer gebaut wird, in Kontakt. Vor einigen Wochen hatte ich einen Betroffenen darum gebeten, während einer Sitzung zu berichten, wie er in eine solche Situation geraten ist, dass er jetzt obdachlos und ohne Geld ist. Ein Mann, der vorher eine gut bezahlte Stelle hatte. Er ist ohne sein Zutun in diese Lage versetzt worden; er schilderte, wie seine Ehe zerbrochen ist. Die Anwesenden waren äußerst betroffen und alle haben verstanden, dass es auch sie treffen könnte.

Die Betroffenen zu stärken, mit ins Boot zu nehmen und einen Dialog zu entwickeln – wie kann das dauerhaft ermöglicht werden?

V. S.: Ich finde es wichtig, dass diese Art von Veranstaltung jedes Jahr, gerne auch zweimal pro Jahr stattfindet, und unter dieser Form, denn hier waren auch die Politiker eingeladen, sich an einem öffentlichen Ort in einer Gemeinde zu treffen.

Aber wir müssten darüber hinausgehen und noch mehr tun. Denn inzwischen entsteht eine Wut bei den benachteiligten Menschen, die ich gut nachvollziehen kann. Ich könnte mir auch ein Hearing in der Abgeordnetenkammer mit den Betroffenen und den Organisationen vorstellen. Wir könnten auf diesem Weg versuchen, die Wut zu kanalisieren, indem wir den Betroffenen eine Stimme geben. Sie sollen einen geschützten Raum haben,

wo sie in Workshops untereinander und mit den Verantwortlichen aus Politik und sozialem Sektor diskutieren können.

Ich war bei den Workshops der Veranstaltung in Esch anwesend, fragte aber zuerst, ob ich es überhaupt dürfte und bekam als Antwort: „Doch, wir sind froh wenn ein Politiker dabei ist und uns zuhört.“ Darum geht es ja. Ich könnte mir aber noch andere Aktionen vorstellen. Ich muss sagen, dass dies schon ein wichtiger Teil der Arbeit ist, aber es muss noch mehr an die Öffentlichkeit. Wir gehen ja nicht alle auf die Straße und demonstrieren, aber wir müssen Mittel finden, um das Problem nach außen zu tragen. Ich würde es sinnvoll finden, eine Veranstaltung zu organisieren, wo die Menschen sich den Politikern gegenüber zu bestimmten Themen äußern. Der Druck von außen muss einfach erhöht werden, der Druck auf jene, die hier in Luxemburg oder auf europäischem Niveau Entscheidungsträger sind.

Einem Teil der Bevölkerung und verschiedenen Politikern entgeht, was tagtäglich geschieht. Je nachdem, in welchem Bereich der Gemeindepolitik man tätig ist, sieht man die Betroffenen nicht. Wenn man die Augen aufmacht, dann sieht man sie draußen und in der Gesellschaft. Wenn man sie sehen will, wohlgemerkt. Es muss viel mehr durch Aktionen, durch punktuelle Aktivitäten probiert werden, die Situation der Betroffenen nach außen mitzuteilen.

Es ist beeindruckend, welche Dynamik entsteht, wenn die Betroffenen in einer Gruppe zusammen sind.

V. S.: Es ist für die Betroffenen eine Stütze, damit sie sehen, dass sie nicht alleine dastehen. Dabei entwickeln sich auch viele gute Ideen. Nach diesem Workshop lagen nachher eine ganze Reihe Ideen vor, und es wurde gesagt: lasst uns sehen, was machbar ist. Ideen, die realistisch waren, nichts Utopisches, einfach um zu sehen, wie wir aus der momentanen Situation herauskommen können, wenn wir uns gegenseitig helfen.

Wie kann so etwas angefasst werden? Eher auf kommunaler oder nationaler Ebene?

V. S.: Auf beiden Ebenen. Kommunal bedauere ich, dass viele Gemeinden in diesen Bereichen nur wenig anpacken. Manches ist aber nur Hand in Hand machbar, also in einer konzertierten Aktion mit den betreffenden Ministerien. In Esch wurde zum Beispiel im Dezember 2006 eine Kompensation im Gemeinderat gestimmt, um die erhöhten Gemeindesteuern finanziell an sozial benachteiligte Bürger abzufedern. Diese Kompensation wurde nun vom Innenministerium verworfen. Wir werden jetzt die Möglichkeiten ausloten, diese doch an die Leute auszuzahlen. Dann gilt es kommunale Einrichtungen zu unterstützen, wie Foyers de nuit, Foyers de jour, Suppenküchen, Stämm vun der Strooss, Kleiderhilfe usw.

Der Druck von außen muss einfach erhöht werden, der Druck auf jene, die hier in Luxemburg oder auf europäischem Niveau Entscheidungsträger sind.



© Dave Stiger

Wir haben hier in Esch mittlerweile relativ kompakte Systeme entwickelt. Es gibt wirklich enorm viel zu tun. Nicht jede Gemeinde muss das so angehen wie Esch, aber kann punktuell Bereiche aussuchen, in denen sie ihren Beitrag leisten wollen.

Die Finanzierung solcher Maßnahmen spielt dabei auch eine wichtige Rolle.

V. S.: Natürlich dürfen die verschiedenen politischen Bereiche nicht gegenseitig ausgespielt werden. Aber da kommen wir auf die nationale Ebene zu sprechen, an welche die Gemeinden angeknüpft werden. In praktisch sämtlichen Sozialbereichen werden die Haushalte inzwischen gekürzt. Den Gemeinden entgeht das natürlich nicht. In Esch haben wir noch vier Maison relais, die bis Ende nächsten Jahres fertig gestellt werden sollen. Das kostet viel Geld und wir werden vom Staat bezuschusst. Andererseits aber sind die Mittel in dem Sinne gekürzt worden, dass gesagt wird: Wir stellen nur noch einen bestimmten Betrag zur Verfügung, aber zum Ausgleich des Defizits wird vom Ministerium gefordert, die finanzielle Beteiligung der Eltern zu erhöhen. Wir müssen dies als *Condition générale* unterschreiben. Das ist unzumutbar. Man kann doch nicht einerseits eine Diskussion über Armut führen – wir erzählen uns in der Abgeordnetenkammer schöne Geschichten – und andererseits kürzen wir den Gemeinden, denen es finanziell nicht so gut geht, die Mittel. Die müssen das an die Einwohner weitergeben, die von den bestehenden Infrastrukturen profitieren sollen, sie sogar unbedingt benötigen. Von diesen Menschen müssen wir dann mehr Geld verlangen. Und wenn die Gemeinde das so nicht akzeptiert, muss sie eben mehr finanzielle Eigenbeteiligung bezahlen.

Da wird z.B. für das benötigte Personal in den Maison relais nur bis zu einer bestimmten Qua-

lifikation bezahlt, dann hat man nur eine qualifizierte Person, wo man eigentlich mehrere bräuchte. Ein Beispiel: Für das Foyer de nuit bezahlt das Ministerium uns nur einen Posten für den Nachtdienst. Eigentlich müsste dort zu zweit gearbeitet werden. Oder es wird eine Sicherheitsfirma beauftragt, d.h., man muss auslagern. Wenn man weniger qualifizierte Leute einstellt, kann man für das vom Staat zur Verfügung gestellte Budget natürlich mehr Personal einstellen. Da muss doch der Staat seine Verantwortung wahrnehmen. Ein anderes Beispiel: das neue Jugendgesetz. Das ist schön und gut, aber ich weiß, dass die Budgets für die Jugendhäuser eingefroren bzw. Abstriche gemacht wurden. Folglich kann man nicht behaupten, die Jugend sei unsere Zukunft und wir müssten anhand qualifiziertem Personal in die Jugend investieren, damit sie nicht auf der Straße landen. Gleichzeitig werden die Mittel auf solch eine Art und Weise gekürzt, dass man keine zusätzlichen qualifizierten Personen einstellen kann. Welch eine Hypokrisie!

Wenn es denn um die Erhöhung der Elternbeteiligung geht, dann ist damit die Gleichstellung massiv gefährdet. Meistens sind ja Frauen die Alleinerziehenden und können es sich gar nicht leisten, mehr Beiträge zu zahlen, um überhaupt einer Arbeit nachgehen zu können. Denn auch die Durchschnittsgehälter der Frauen liegen unter denen der Männer.

V. S.: Hier in Esch haben wir kürzlich eine aktuelle Studie vorgestellt. Es geht um Kinderbetreuung und Kinderbetreuungsinfrastrukturen wie Ganztagschule, Accueil, Ferienbetreuung, Krippen usw. Einerseits hat ein Großteil der Frauen nach der Geburt ihre Arbeitsstelle aufgegeben, weil sie sich mit ihrem Gehalt die Kindertagesstätte nicht leisten konnten, vor allem die privaten Kindertagesstätten. Andererseits hat das Ministerium die Aufnahmebedingungen für die Maisons relais dermaßen kompliziert gestaltet, dass man praktisch den ganzen Familienstand mit Sparbuch abgeben und alle möglichen Formalitäten erledigen muss, was eigentlich keinen Sinn ergibt. Wir arbeiten gerade mit verschiedenen Gemeinden an einem Dossier, um das zu ändern. Ich glaube, da kommt noch genügend Druck, um die Diskussion wieder anzufachen und die Regelungen im Interesse der Familien und Kinder neu zu überarbeiten.

In welche Richtung möchten Sie ihre Politik weitertreiben, um in all diesen Bereichen soziale Gerechtigkeit zu stärken?

V. S.: Es gibt eine Reihe von Projekten, die ich ganz konkret in der Gemeinde umsetzen kann: Einrichtung weiterer Maisons relais, Foyers de nuit, Unterstützung sozialer Organisationen, Gemeindewohnungen oder finanzielle soziale Kompensationsmaßnahmen. In diesen Fällen brauche ich die Regierung nur bedingt, außer natürlich in zustimmungspflichtigen Bereichen. Wenn dann gute und sinnvolle Projekte vom sturen Bürokratismus

Der soziale Frieden ist massiv gefährdet, wenn Arm und Reich auseinanderdriften, wenn es einerseits zu Entlassungen kommt und andererseits die sozial Benachteiligten merken, dass sich niemand für sie einsetzt.

blockiert oder gekippt werden, dann ärgert und behindert das mich einfach. Bei den vorhin angesprochenen sozialen Kompensationsmaßnahmen für Steuererhöhungen warten die betroffenen Leute nun auf ihr Geld. Die Gemeindeautonomie muss da unbedingt gewährleistet werden. Auf nationalem Plan versuche ich meine Überlegungen mit einfließen zu lassen. Ich weiß wohl, dass sie nicht mehrheitlich getragen werden, aber für mich ist das ein wichtiger Bereich.

Der soziale Frieden ist massiv gefährdet, wenn Arm und Reich auseinanderdriften, wenn es einerseits zu Entlassungen kommt und andererseits die sozial Benachteiligten merken, dass sich niemand für sie einsetzt. Und es wird immer schlimmer: die Abkopplung mancher Sozialleistungen vom Index, obwohl die Preise weiter steigen, oder die Kostenexplosion in den Altersheimen von heute auf morgen. Da sind der soziale Frieden und die gesellschaftliche Kohäsion stark gefährdet, und es entstehen ungesunde Entwicklungen wie etwa Rassismus. Leute, die an der Situation nicht schuld sind, werden dafür zur Verantwortung gezogen, Ausländer, Schwache und Asylanten zum Sündenbock gemacht, eben weil den sozial Benach-

teiligten Ungerechtigkeiten widerfahren. Ich bin Schöffin, aber auch seit langer Zeit Gewerkschaftlerin. Gewerkschaftsarbeit heißt für mich Engagement für Werte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Durch diese Schule bin ich gegangen, diese Worte sind mir nicht fremd. Wenn wir es nicht schaffen, uns alle an einen Tisch zu setzen und einen Plan auszuarbeiten, dann kommt es zu extremen Spannungen in Luxemburg. Wir werden staunen, wie schnell wir wieder eine Nationalbewegung haben. Die Ursache können wir uns dann aber selbst zuschreiben.

Frau Spautz, ich danke Ihnen für das Gespräch.

(Das Interview wurde am 27. März 2007 geführt/TK.)

¹ Rencontre participative pour l'inclusion sociale (veranstaltet vom European Anti-Poverty Network [EAPN] Luxemburg)

² Im Alter zwischen 18 und 25 gibt es keinen rechtsverbindlichen Anspruch auf RMG (davon ausgenommen sind Eltern, deren Kinder im Haushalt leben) oder Unterbringung in einem Wohnprojekt.

³ Im Foyer de nuit finden Obdachlose Frauen und Männer einen Schlafplatz und soziale Unterstützung.

⁴ Zum Beispiel logement encadré, betreute Wohngruppen für Jugendliche in der besonders belasteten Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen.



**Wir lernen von den Uniprofis bei alpha gemini
und sparen uns Stress und Studiengebühren!**

www.alpha-gemini.de

Wissenschaftliches Arbeiten
Lerntechniken
Rhetorik & Präsentation
Schreibkurse
Korrekturservice
Deutsch intensiv und als Fremdsprache



alpha gemini
 Lehren - Lernen - Wissen

alpha gemini
 Universität
 des
 Saarlandes
 Starterzentrum
 Geb. A 1.2
 66123 Saarbrücken
info@alpha-gemini.de
 0049/681-302 64 906